

Satzung des Landkreises Vechta über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege

Aufgrund des § 10 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) und des Achten Buches Sozialgesetzbuch –Kinder-und Jugendhilfe (SGB VIII) – in der derzeit geltenden Fassung, hat der Kreistag des Landkreises Vechta in seiner Sitzung am 27.06.2013 die Satzung über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege beschlossen.

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Vechta nehmen im Einvernehmen mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und den dazu ergangenen Rechtsverordnungen Aufgaben der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege wahr. Für die Aufgaben der Vermittlung, der fachlichen Beratung, Begleitung und Qualifizierung in der Kindertagespflege kooperieren die Städte und Gemeinden Damme, Holdorf, Steinfeld und Neuenkirchen-Vörden gegenwärtig mit dem Bildungswerk Dammer Berge e.V. und die Städte und Gemeinden Vechta, Dinklage, Bakum und Visbek gegenwärtig mit der Kreisvolkshochschule Vechta e.V..

§ 1 Allgemeines

Der Landkreis Vechta fördert die Kindertagespflege nach Maßgabe der §§ 22 – 24 SGB VIII in der jeweils gültigen Fassung mit dem Ziel, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagespflegestellen vorzuhalten.

Die Kindertagespflege wird gewährt für Kinder im Alter unter 3 Jahren sowie ab dem vollendeten 3. Lebensjahr ergänzend zum Besuch einer Tageseinrichtung und für Kinder im schulpflichtigen Alter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ergänzend zum Schulbesuch.

Die Kindertagespflege soll

- a) die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,
- b) die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,
- c) den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.

Kindertagespflege ist in folgenden Formen möglich:

- a) Betreuung im Haushalt der Tagespflegeperson
- b) Betreuung im Haushalt der Personensorgeberechtigten („Kinderfrauen“)
- c) Betreuung in anderen geeigneten, nicht privat genutzten Räumen i.S.d. § 15 Nds. AG KJHG (z.B. Großtagespflege)

Die Förderung umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung. Diese Leistungen werden von den Familienbüros der Städte und Gemeinden für den Landkreis Vechta, evtl. unter Beteiligung von Kooperationspartnern erbracht. Zudem wird eine laufende Geldleistung nach § 23 Abs. 2 SGB VIII gewährt. Diese ist beim Landkreis Vechta zu beantragen.

Die Tagespflegeperson betreut das Kind für einen Teil des Tages. Tagespflege kann sich auch auf Wochenenden, auf den frühen Morgen, den späten Abend oder die Nacht erstrecken; die Tagespflege muss aber ihrem Charakter nach Teilzeitbetreuung bleiben.

§ 2 Anspruchsvoraussetzungen

1. Eine finanzielle Förderung der Kindertagespflege wird gem. § 24 SGB VIII für Kinder im Alter unter drei Jahre und ab Vollendung des 3. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gewährt.

- a) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in Kindertagespflege zu fördern, wenn
- diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder
 - die Erziehungsberechtigten
 - einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,
 - sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
 - Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten.

Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten.

Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.

b) Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in Kindertagespflege. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.

c) Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat und ein Kind im schulpflichtigen Alter bis 14 Jahre haben einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Diese Kinder können bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.

2. Eine Förderung wird in jedem Fall nur dann vorgenommen, wenn die Tagespflegeperson eine Erlaubnis gem. § 43 SGB VIII (Erlaubnis zur Kindertagespflege) hat oder eine Erlaubnis gemäß dieser Vorschrift nicht erforderlich ist und die Tagespflegeperson qualifiziert im Sinne des § 23 SGB VIII ist.

3. Eine Förderung für Kinder vor Vollendung des 1. Lebensjahres und für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr als Ergänzung zur institutionellen Betreuung wird nicht gewährt, wenn Ehegatten oder Personen, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft mit dem personensorgeberechtigten Elternteil zusammenleben, für die Betreuung des Kindes zur Verfügung stehen.

4. Ansprüche des Antragstellers gegenüber anderen Kostenträgern (z. B. Krankenkasse, Kinderbetreuungskosten der Agentur für Arbeit) gehen einem Anspruch nach § 23 SGB VIII vor.

5. Vorhandene Kindergarten- oder Hortplätze, einschließlich Sonderöffnungszeiten, Ganztagschulen, Verlässliche Grundschulen und Ferienbetreuungsangebote sind vorrangig in Anspruch zu nehmen, sofern nicht besondere Gründe entgegenstehen.

§ 3 Leistungsumfang

1. Umfang der Betreuungszeit

Der Umfang der täglichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen Betreuungsbedarf. Der Betreuungsbedarf ist erforderlichenfalls nachzuweisen.

- a) Eine laufende Geldleistung wird in der Regel nur gewährt, wenn die Betreuung durchgehend für länger als 3 Monate notwendig ist und unter Berücksichtigung auf die ganzheitliche Förderung des Kindes (§ 22 SGB VIII) mindestens 10 Stunden wöchentlich beträgt, verteilt auf mindestens zwei Tage in der Woche. Hiervon kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn die Tagesbetreuung neben dem Besuch einer Tageseinrichtung oder Schule erforderlich ist.
- b) Die Betreuungszeit soll 50 Stunden in der Woche einschließlich Zeiten institutioneller Betreuung und Schulzeiten nicht überschreiten. Der Beginn und das Ende der außerhäuslichen Betreuung des Kindes soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerecht gewährleisten und dem Wohl des Kindes nicht entgegenstehen.
- c) Soweit die Betreuung in der Kindertagespflege der Erfüllung des Rechtsanspruches auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung dient, beträgt die Mindestbetreuungszeit 4 Stunden täglich an 5 Tagen der Woche. Der Rechtsanspruch ist mindestens 3 Monate vor Inanspruchnahme schriftlich beim zuständigen Familienbüro der Wohnsitzgemeinde geltend zu machen.

2. Höhe der Förderung

a) Tagespflegeentgelt

Die Höhe des Entgeltes beträgt ab 01.08.2013 4,20 € pro Kind pro Betreuungsstunde (davon 1,88 € für Sachaufwand und 2,32 € als Anerkennungsbetrag).

b) Betreuung während der Nachtzeit

Wenn das Kind im Haushalt der Tagespflegeperson übernachtet oder die Tagespflegeperson im Haushalt des Kindes übernachtet, wird die Nachtzeit von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr festgesetzt und mit einem Betreuungssatz von 2,10 € pro Stunde vergütet. Eine notwendige Nachtbetreuung wird pauschal mit 3,5 Stunden Betreuungstunden berücksichtigt.

c) Betreuung in Randzeiten

Bei Betreuung in Randzeiten wird ein Zuschlag in Höhe von 0,80 € pro Betreuungsstunde und Kind (insgesamt 5 €, davon 1,88 € für Sachaufwand und 3,12 € als Anerkennungsbetrag) gewährt. Zu den Randzeiten zählen Betreuungszeiten zwischen 5:00 Uhr und 7:00 Uhr und zwischen 18.00 Uhr und 22:00 Uhr.

d) Besonderer Betreuungsbedarf

In Einzelfällen kann Kindertagespflege in Form von Hilfe zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII geleistet werden. Diese kann nur von besonders geeigneten Tagespflegepersonen geleistet werden, die über eine pädagogische oder heilpädagogische Ausbildung verfügen.

In Fällen von Hilfe zur Erziehung in Form von Tagespflege wird der 2-fache Satz des Stundensatzes für Tagespflegepersonen gewährt.

Abweichend von § 3 Abs. 1 a wird ein Zuschlag in Höhe von 0,80 € pro Kind und Betreuungsstunde (insgesamt 5,00 €, davon 1,88 € Sachaufwand und 3,12 € Anerkennungsbetrag) gewährt, wenn das Kind aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder aufgrund von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen einen erhöhten Betreuungs- und Förderbedarf hat. Das Vorliegen der Voraussetzungen für den erhöhten Betreuungs- und Förderbedarf ist vor Beginn der Leistung durch geeignete Nachweise (z.B. ärztliches Attest) zu belegen und durch die bewilligende Stelle festzustellen. Von einer Tagespflegeperson dürfen höchstens zwei Kinder mit einem erhöhten Betreuungs- und Förderbedarf gleichzeitig betreut werden.

e) Eingewöhnungszeit

Für eine Eingewöhnungsphase für Kinder unter 3 Jahren wird ein pauschales Zeitbudget für die Eingewöhnungszeit gewährt. Diese Förderung erfolgt bereits vor der eigentlichen Notwendigkeit der Kinderbetreuung. Für die Eingewöhnungszeit wird insgesamt ein Stundenumfang von bis zu 15 Stunden gewährt. Die Förderung ist per Stundenzettel, der sowohl von der Tagespflegeperson als auch von einem Elternteil zu unterschreiben ist, zu beantragen.

Mit der Geldleistung sind sämtliche Kosten abgegolten, die der Tagespflegeperson im Zusammenhang mit der Tagespflege entstehen. Eine zusätzliche Erstattung von materiellen Aufwendungen, wie z. B. Fahrtkosten, erfolgt nicht. Ein angemessener Verpflegungsbeitrag wird zwischen den Personenberechtigten und den Tagespflegepersonen im Betreuungsvertrag selbst geregelt. Ein darüber hinausgehendes zusätzliches Entgelt darf nicht erhoben werden.

3. *Übernahme von Unfallversicherungs-, Alterssicherungs- und Krankenversicherungsbeiträgen*

Qualifizierten Tagespflegepersonen werden gem. § 23 Abs. 2 SGB VIII zusätzlich zum gewährten Tagespflegeentgelt

- a) die Kosten nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung, sowie
- b) die Hälfte nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und
- c) die Hälfte nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung

vom Landkreis Vechta erstattet.

Die Beiträge werden je Tagespflegeperson nur einmal übernommen.

4. Sonderregelung für Ausfallzeiten

a) Tagespflegeperson

Die Tagespflegeperson hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Tagespflegegeld für langfristige Ausfallzeiten, die in ihrer Person begründet sind (z. B. Krankheit, Kur).

Bei kurzfristigen krankheitsbedingten Ausfallzeiten besteht ein Anspruch auf Fortzahlung des Tagespflegegeldes von bis zu 10 Betreuungstagen im Jahr gemessen an einer Betreuungszeit von 5 Tagen in der Woche.

Bei geringeren wöchentlichen Betreuungszeiten erfolgt eine anteilige Kürzung der Fortzahlung des Tagespflegegeldes wie in der u. a. Tabelle:

Wöchentliche Betreuungstage	Fortzahlung des Tagespflegegeldes insgesamt im Jahr für
5	10
4	8
3	6
2	4
1	2

– Urlaub

Die Tagespflegeperson hat einen Anspruch auf 4 Wochen pro Kalenderjahr bezahlten Urlaub. Die Inanspruchnahme des Urlaubs erfolgt in Abstimmung mit den Personensorgeberechtigten.

– Vertretungsregelung

Für Ausfallzeiten der Tagespflegeperson soll im Betreuungsvertrag mit den Erziehungsberechtigten eine Vertretungsregelung getroffen und den Vermittlungsstellen mitgeteilt werden.

Die laufende Geldleistung wird in diesen Zeiträumen sowohl für die Tagespflegeperson als auch für die Vertretungskraft gezahlt.

b) Tagespflegekind

Ist eine Betreuung des Tagespflegekindes durch die Tagespflegeperson wegen Krankheit, Urlaub oder Kur des Tagespflegekindes nicht erforderlich, wird das Tagespflegegeld bis zu 4 Betreuungswochen pro Kalenderjahr weiter vergütet. Überschreiten die Fehlzeiten 4 Betreuungswochen, wird das Tagespflegegeld für weitere Fehlzeiten im Kalenderjahr eingestellt.

Während des laufenden Monats anfallende Fehlzeiten des Tagespflegekindes sind durch die Tagespflegeperson am Monatsende dem Jugendamt mitzuteilen.

Der Kostenbeitrag ist auch für Ausfallzeiten von den Personensorgeberechtigten in voller Höhe fortzuzahlen.

§ 4 Verfahren

1. Die Geldleistung wird ab Beginn des Monats der Antragstellung, frühestens ab Beginn der tatsächlichen Betreuung gezahlt. Eine rückwirkende Bewilligung für Zeiträume vor dem Antragsmonat ist nicht möglich. Fehlende Unterlagen sind innerhalb von 4 Wochen nach Antragseingang vorzulegen. Die Bewilligung erfolgt in schriftlicher Form, jeweils für 12 Monate bzw. bis zu einem vorher liegenden Zeitpunkt eines geplanten Endes der Betreuung.

2. Ein Antrag auf Fortführung der Kindertagespflege muss von den Erziehungsberechtigten mindestens 4 Wochen vor Ende des Bewilligungszeitraumes mit den erforderlichen Unterlagen gestellt werden.
3. Die laufende Geldleistung wird in der Regel an die Tagespflegeperson gewährt.
4. Mit der Bewilligung tritt gleichzeitig eine Kostenbeitragspflicht der Eltern ein.

§ 5 Kostenheranziehung

1. Höhe der Kostenbeiträge

Für die Inanspruchnahme der Kindertagespflege (einschließlich der Eingewöhnungszeit) werden gem. § 90 SGB VIII Kostenbeiträge erhoben. Die Höhe der Kostenbeiträge orientiert sich an der Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen in den katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Officialatsbezirk Oldenburg (Stand: 01.08.2013). Der danach maßgebliche Beitragssatz wird mit dem Faktor 1,25 multipliziert. Die Ermittlung des zugrunde zu legenden Einkommens der Kostenpflichtigen wird entsprechend der Berechnungsgrundlage für die Festlegung der Kindergartengebühren vorgenommen.

Im Einzelnen wird folgender monatlicher Kostenbeitrag bei folgendem anrechenbarem Einkommen festgelegt:

Kostenbeiträge für die Inanspruchnahme der Kindertagespflege						
wöchentliche Betreuungszeit	anrechenbares Einkommen					
	bis 26.000 €	bis 34.000 €	bis 44.000 €	bis 57.000 €	bis 68.000 €	ab 68.000 €
10 Stunden	66 €	79 €	98 €	124 €	148 €	169 €
15 Stunden	79 €	96 €	121 €	151 €	180 €	201 €
20 Stunden	93 €	114 €	143 €	176 €	213 €	236 €
25 Stunden	116 €	141 €	179 €	221 €	266 €	296 €
30 Stunden	138 €	170 €	215 €	265 €	319 €	351 €
35 Stunden	163 €	199 €	251 €	309 €	373 €	415 €
40 Stunden	185 €	226 €	286 €	353 €	425 €	471 €
45 Stunden	209 €	255 €	323 €	398 €	479 €	533 €
50 Stunden	231 €	284 €	358 €	441 €	531 €	589 €

Soweit die Beitragsordnung für die institutionelle Kindertagesbetreuung geändert wird, ändern sich die Beitragssätze für die Inanspruchnahme der Tagespflege in entsprechender Weise.

2. Geschwisterermäßigung:

- a) Werden Geschwisterkinder gleichzeitig bei einer oder mehreren Tagespflegepersonen oder gleichzeitig in Kindertagespflege und einer Kindertageseinrichtung (Krippe, Kindergarten) betreut, kann in Abweichung der o.g. Elternbeitragsordnung auf Antrag eine Geschwisterermäßigung gewährt werden. Gemäß der Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen in kath. Tageseinrichtungen für Kinder

im Officialatsbezirk Oldenburg - Stand: 01.08.2013 - ermäßigt sich der maßgebliche Elternbeitrag für das zweite Kind um 30 v. H. für das 3. und jedes weitere Kind um 50 v. H. Diese Regelung gilt auch, wenn die Eltern/Sorgeberechtigten für ein oder mehrere Kind/er keinen Elternbeitrag zu zahlen haben. (z.B. beitragsfreies Kindergartenjahr).

- b) In Abweichung zur o.g. Elternbeitragsordnung ermäßigt sich der Kostenbeitrag bei Erziehungsberechtigten mit mehreren Kindern derart, dass pro Kind regelmäßig ein Freibetrag in Höhe von 3.835,00 € jährlich auf das anrechenbare Einkommen gewährt wird.

3. *Erlas von Kostenbeiträgen*

Ist dem Kostenbeitragspflichtigen die Aufbringung der Mittel aus seinem Einkommen nicht zumutbar, so wird der Kostenbeitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen (§ 90 Abs.3 SGB VIII). Die zumutbare Belastung wird gemäß § 90 Abs. 4 SGB VIII unter Zugrundelegung der sich nach den Vorschriften des 12. Sozialgesetzbuches (SGB XII) ergebenden Einkommensgrenze ermittelt. Bei der Einkommensberechnung bleibt die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.

Eine abschließende Bearbeitung dieses Antrags setzt voraus, dass der Antragsteller sämtliche Einkünfte und Ausgaben durch entsprechende Belege nachweist.

§ 6 Eignung von Tagespflegepersonen

1. Die Feststellung der Eignung der Tagespflegeperson und die Erteilung der Tagespflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII liegen im Zuständigkeitsbereich des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe. Bei der Prüfung der Eignung sind die in § 23 Abs. 3 und § 43 Abs. 2 SGB VIII genannten Kriterien sowie die Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter (AGJÄ) entscheidend.

Geeignet sind Tagespflegepersonen, die sich durch ihre

- a) Persönlichkeit,
- b) Sachkompetenz,
- c) Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten, anderen Tagespflegepersonen, Fachdiensten und dem Jugendamt auszeichnen und
- d) über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen.

Um die persönliche Eignung und die Räumlichkeiten beurteilen zu können, findet mindestens ein persönliches Gespräch und ein Hausbesuch bei der zukünftigen Tagespflegeperson statt.

2. Folgende Voraussetzungen müssen von den zukünftigen Tagespflegepersonen erfüllt werden:

- Volljährigkeit
- mindestens Hauptschulabschluss
- Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen der Tagespflegeperson und aller in deren Haushalt lebenden Personen über 18 Jahre nach § 30 Abs. 5 und § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz

- Vorlage von hausärztlichen Attesten für die Tagespflegeperson und deren Partner/Partnerin, die sich auf ansteckende Erkrankungen, psychische und Suchterkrankungen beziehen
 - geklärt Aufenthaltsstatus bei ausländischen Tagespflegebewerbern
 - ausreichende Sprachkompetenz
 - geordnete wirtschaftliche Verhältnisse
 - keine Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung für leibliche Kinder
 - Vorlage einer Bescheinigung über die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs am Kind und Kleinstkind (mind.
 - 8 Unterrichtseinheiten, nicht älter als 2 Jahre)
 - Unterzeichnung einer verpflichtenden Erklärung zu Datenspeicherung und Datenübermittlung, Datenschutz in der Kindertagespflege, Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und Schutzauftrag bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung / Meldepflicht gemäß § 8a SGB VIII.
3. Die Tagespflegepersonen sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise, z.B. durch eine pädagogische Ausbildung, nachgewiesen haben. Die gesetzlich vorgeschriebene Qualifikation der Tagespflegeperson ist durch eine pädagogische Berufsausbildung im Bereich der Kinderbetreuung oder durch die erfolgreiche Teilnahme an einem Qualifizierungskurs mit einem Umfang von mindestens 160 Stunden in Anlehnung an das Curriculum des Deutschen Jugendinstituts nachzuweisen. Über diese Grundqualifizierung hinaus wird für die Geeignetheit die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen im Umfang von 12 Unterrichtsstunden pro Jahr und die Inanspruchnahme von Fachberatung gefordert.

§ 7 Erlaubnis zur Kindertagespflege

1. Eine Pflegeerlaubnis wird benötigt, wenn ein Kind oder mehrere Kinder in der Wohnung der Tagespflegeperson oder in Räumen Dritter an mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt betreut wird / werden und das Pflegeverhältnis länger als 3 Monate andauert. Geeigneten Tagespflegepersonen wird gem. § 43 SGB VIII vom Jugendamt des Landkreises Vechta eine Pflegeerlaubnis erteilt, die dazu berechtigt, bis zu 5 gleichzeitig anwesende Tagespflegekinder zu betreuen. Insgesamt dürfen maximal die doppelte Anzahl an Betreuungsverträgen abgeschlossen werden.
2. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe behält sich vor, die Erteilung einer Pflegeerlaubnis mit Einschränkungen zu versehen, wenn
 - a) die Anzahl und das Alter der leiblichen Kinder nur eine begrenzte Aufnahme von Tageskindern zulassen oder
 - b) die räumlichen Verhältnisse nur die Aufnahme einer begrenzten Anzahl von Tageskindern zulassen.
3. Wird eine Pflegeerlaubnis nicht beantragt, weil die Notwendigkeit dafür nicht besteht, werden die Verhältnisse der Tagespflegeperson in der beschriebenen Art und Weise nur dann überprüft, wenn die Tagespflegeperson Geldleistungen im Rahmen dieser Richtlinien erhält. In jedem Fall muss die Eignung der Tagespflegeperson vorliegen.
4. Die Pflegeerlaubnis ist auf fünf Jahre befristet. Sie kann auf Antrag verlängert werden.

§ 8 Beratung und Begleitung der Tagespflegeverhältnisse

Gemäß § 23 Abs. 4 SGB VIII haben die Erziehungsberechtigten und die Tagespflegeperson einen Rechtsanspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege. Dieser Anspruch besteht auch dann, wenn das Betreuungsverhältnis nicht durch das Jugendamt vermittelt wurde. Die Beratung und Unterstützung erfolgt über die Familienbüros der Städte und Gemeinden, evtl. unter Beteiligung von Kooperationspartnern.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2013 in Kraft.

Die bisher geltende Richtlinie in der Fassung vom 01.01.2009 wird dadurch ersetzt.

Vechta, den

Focke
Landrat